

Antrag U-01
Jusos Bezirk Hannover**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme**It's gettin' hot in here: Abkehr von atomar-fossilen Energien beschleunigen, um Erderwärmung zu bremsen und Klimaziele zu erreichen!**

1 Die Zeit wird knapp, um das beschlossene 1,5-Grad-
2 Ziel aus dem Übereinkommen von Paris der UN-
3 Klimakonferenz aus dem Jahr 2015 noch einzu-
4 halten. Klimaforscher*innen mahnen nunmehr seit
5 Jahren die verheerenden Folgen des Klimawandels
6 und der damit einhergehenden Erderwärmung an.
7 Um zum Beispiel den bedrohlichen Meeresspiegel-
8 anstieg durch die Eisschmelze oder vermehrte Ex-
9 tremwetterereignisse wie heftige Regenfälle sowie
10 Dürren und Waldbrände zu minimieren, muss je-
11 nes 1,5-Grad-Ziel erreicht werden. Die in der letzten
12 Zeit eingetretenen Extremwetterereignisse wie die
13 Flutkatastrophe im Ahrtal, die Dürre und Waldbrän-
14 de in Europa oder die Überschwemmungen in Paki-
15 stan zeigen die realen Auswirkungen des Klimawan-
16 dels. Und dennoch werden beschlossene Klimaziele
17 in einzelnen Sektoren Jahr für Jahr nicht eingehal-
18 ten. Ebenso wird der Kurs zum Erreichen der Klima-
19 neutralität nur unzureichend nachgebessert, sodass
20 das Ziel, im Jahre 2045 klimaneutral zu sein, immer
21 unwahrscheinlicher wird.

22 Bei der notwendigen globalen Perspektive geht der
23 Weltklimarat (IPCC) in einem Klimabericht mit ei-
24 ner Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent davon aus,
25 dass die kritische Marke der Erderwärmung von 1,5
26 Grad bereits im Jahr 2026 überschritten wird. Nach
27 Berechnungen des IPCC ist theoretisch eine Erder-
28 wärmung bis zum Ende des Jahrhunderts von 1,4 bis
29 4,4 Grad Celsius möglich. Für wahrscheinlich halten
30 die Wissenschaftler*innen eine Erhitzung mit dra-
31 matischen Auswirkungen von 3,2 Grad bis zum Jahr
32 2100, da die Treibhausgasemissionen zwar langsa-
33 mer, aber immer noch zu- statt abnehmen.

34 Um das 1,5-Grad-Ziel doch noch zu erreichen, müs-
35 sen wir die Emissionen schnellstmöglich auf eine
36 Netto-Null senken. Dabei steht der globale Nor-
37 den, der durch sein emissionsintensives System vor-
38 nehmlich zum anthropogenen Klimawandel bei-
39 trägt, in besonderer Handlungsverantwortung. Die
40 Klimaneutralität wollen wir hierzu bis zum Jahr
41 2040 mit einem strikten 1,5-Grad-Pfad erreichen. Ein
42 wichtiger Bereich zur Dekarbonisierung im Rahmen
43 der sozial-ökologischen Transformation ist dabei der

Adressat:
Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion

44 Energiesektor, der global und auch in Deutschland
45 für jeweils über ein Drittel der verursachten Ge-
46 samtemissionen verantwortlich ist. Der Energiesek-
47 tor und -markt steht aktuell doch nicht nur im Rah-
48 men der Dekarbonisierung im Fokus, sondern in be-
49 sonderer Hinsicht auch wegen der hohen Abhängig-
50 keit von fossilen Energieträgern seit dem 24. Februar
51 2022, dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf
52 die Ukraine.

53 Deutschland ist sowohl in der Strom- als auch in
54 der Energieversorgung nach wie vor stark abhän-
55 gig von atomar-fossilen Energien und insbesonde-
56 re von fossilen Energieträgern. Im Jahr 2022 wur-
57 de Strom nämlich fast 45% aus fossilen Energie-
58 trägern und über 6% aus Kernenergie erzeugt. Der
59 Anteil von erneuerbaren Energien betrug entspre-
60 chend nur rund 49%. Eine noch größere Abhängig-
61 keit von den fossilen Energieträgern Kohle, Gas und
62 Öl zeigt sich im gesamten Energiemix mit einem
63 Anteil in Höhe von über 78%. Erneuerbare Energien
64 decken am Energieverbrauch nur einen kleinen An-
65 teil von rund 17%. Der Weg zu einem klimaneutralen
66 Stromsystem und zu einer klimaneutralen Energie-
67 versorgung in weiteren Sektoren wie der Industrie
68 oder im Gebäude- und Verkehrssektor ist somit noch
69 weit. Trotz des beschlossenen Klimaziels und dem
70 angehobenen 80%-Ziel erneuerbarer Energien bei
71 der Stromversorgung bis zum Jahr 2030, stockt der
72 Ausbau regenerativer Energien in den letzten Jah-
73 ren erheblich, vor allem der Ausbau von Windener-
74 gieanlagen. Der Ausbau von erneuerbaren Energi-
75 en rückt durch die bisherige enorme Abhängigkeit
76 von russischen fossilen Energieträgern noch stärker
77 in den Fokus. Deshalb müssen bürokratische Hür-
78 den und weiter bestehende Hemmnisse endlich be-
79 seitigt werden und der Ausbauturbo für erneuerba-
80 re Energien gezündet werden, damit eine resiliente
81 Energieversorgung aus Erneuerbaren sichergestellt
82 werden kann.

83 In diesem Antrag fokussieren wir uns auf den Bei-
84 trag, den der Energiesektor leisten muss, um das Ziel
85 der Klimaneutralität zu erreichen und welche Maß-
86 nahmen kurz- bis langfristig ergriffen werden müs-
87 sen, um die Abhängigkeit von fossilen Energieträ-
88 gern aus Russland zu beenden und den Verwerfun-
89 gen auf den Energiemärkten stand zu halten.

90 **Aus Fehlern lernen: Russlands "Energienkrieg" gegen**
91 **Europa muss in einer Energiesouveränität münden!**
92 Deutschland ist in seiner Energieversorgung erheb-

93 lich von den fossilen Energieträgern Kohle (20%), Öl
94 (35%) und Gas (23%) abhängig. Die Abhängigkeit be-
95 steht dabei nicht nur in der Tatsache der Verwen-
96 dung der klimaschädlichen Rohstoffe, sondern auch
97 in ihrem Ursprung, da Deutschland u.a. aufgrund
98 des Ressourcenmangels Energieimportland ist und
99 bei der Primärenergiegewinnung stark von Energie-
100 importen abhängig ist. So beträgt die Importquo-
101 te im aktuellen fossil-atomaren Energiesystem zwi-
102 schen 94% beim Erdgas, über 98% beim Erdöl, bis
103 100% bei Steinkohle und Uran. Das muss, insbeson-
104 dere bei einer großen Diversifikation der Herkunftsländer,
105 von welchen die Energie bezogen wird, nicht
106 zwangsläufig problematisch sein. Es ist jedoch ein
107 Problem, wenn man sich energiepolitisch über Jahre
108 hinweg nicht nur in der Beschaffung, sondern auch
109 bei der Infrastruktur abhängig von einem autokra-
110 tischen System macht. Es ist jedoch ein Problem,
111 wenn man sich energiepolitisch durch den (richti-
112 gerweise) beschlossenen Atom- und Kohleausstieg
113 von dem Energieträger Gas abhängig macht, wel-
114 cher im Jahr 2021 zu 55% aus Russland kommt. Wei-
115 terhin kamen zusätzlich rund 50% der importierten
116 Steinkohle sowie ca. 35% des Erdöls aus Russland.
117 Die Kohle- und Ölimporte aus Russland lassen sich
118 vergleichsweise simpel, wenn auch bei knapper Ver-
119 fügbarkeit, auf dem Weltmarkt ersetzen. Auch des-
120 halb beschloss die Europäische Union im Rahmen
121 ihrer umfassenden Sanktionspakete ein vollständi-
122 ges Kohle- und überwiegendes Öl-Embargo. Auf-
123 grund des überwiegend leitungsgebundenen Trans-
124 ports und des Fehlens von entsprechenden Termi-
125 nals ist die Substitution von Erdgas jedoch schwie-
126 riger. Durch den russischen Lieferstopp ist die deut-
127 sche und europäische Gasversorgung angespannt.
128 Um Gasmangellagen zu verhindern, welche je nach
129 Ausmaß fatale volkswirtschaftliche Schäden verur-
130 sachen könnte, muss auf der einen Seite womög-
131 lich das Gas durch andere Energieträger substitu-
132 iert und auf der anderen Seite der Erdgasverbrauch
133 gesenkt werden. Erdgas wird zu 50% in der Wär-
134 meversorgung (Heizen), zu 35% in der Industrie und
135 zu 15% zur Stromerzeugung genutzt. Da das Gas in
136 der Wärmeversorgung und in industriellen Prozes-
137 sen kaum kurzfristig substituierbar ist, muss es das
138 Ziel sein, Gas in der Verstromung zu ersetzen. Das
139 könnte in der aktuellen Situation grundsätzlich mit
140 einer verstärkten Kohleverstromung oder perspek-
141 tivisch auch mit einer Verlängerung der drei Kern-

142 kraftwerke Emsland, Neckarwestheim 2 und Isar 2
143 geschehen. Zur Sicherstellung der Versorgungssi-
144 cherheit ist es richtig, dass in einem klar definier-
145 ten, befristeten Rahmen verstärkt Kohlekraftwerke
146 (auch aus der Reserve) eingesetzt werden. Dennoch
147 dürfen trotz der Ausnahmesituation sowohl Klima-
148 ziele als auch Ausbauziele der erneuerbaren Ener-
149 gien oder der angestrebte Weg des Kohleausstiegs
150 nicht gefährdet oder gar zur Disposition gestellt
151 werden. Zusätzlich lehnen wir sowohl den Streck-
152 betrieb als auch eine reguläre Laufzeitverlängerung
153 der drei letzten deutschen Reaktoren ab. Der müh-
154 sam errungene deutsche Atomkonsens ist für uns
155 nicht verhandelbar!

156 **Better safe than sorry: Der Atomausstieg ist auch in**
157 **der Krise nicht verhandelbar!**

158 Die letzten drei Atommeiler sind wegen ihrer über
159 dreißigjährigen Betriebsdauer ein unberechenbares
160 Risiko. Seit dem Ausstiegsbeschluss aus dem Jahr
161 2011 wurde den Betreibern mit Hinblick auf die klar
162 definierte Restlaufzeit zugestanden, auf Nachrü-
163 stungen und Reparaturen zu verzichten. Darüber hin-
164 aus wurde auch auf die im Normalfall jede zehn
165 Jahre anfallende periodische Sicherheitsprüfung der
166 Kernkraftwerke verzichtet, welche mittlerweile seit
167 über drei Jahren überfällig ist. Ein "schnelles Nach-
168 holen" dieser Sicherheitsprüfung ist wegen des zum
169 Teil mehrjährigen Umfangs nicht möglich, weshalb
170 eine Laufzeitverlängerung allein aus Sicherheits-
171 abwägungen nicht tragbar ist. Darüber hinaus ist
172 die Atomkraft zusätzlich zu den erheblichen Si-
173 cherheitsbedenken keine krisenfeste Zukunftstech-
174 nologie. Nicht nur bei Klimakatastrophen, sondern
175 auch bei anhaltenden klimatischen Veränderungen
176 wie Hitze und daraus resultierenden überheizten
177 Flüssen mit niedrigen Pegelständen, liefern Atom-
178 kraftwerke nicht zuverlässig Energie. Infolgedessen
179 mussten beispielsweise einige französische Atom-
180 meiler vom Netz genommen werden und verbrau-
181 chen Strom, anstatt ihn zu produzieren. Darüber
182 hinaus können die drei letzten deutschen Kernkraft-
183 werke die Energiekrise nicht lösen. Ein sog. Streck-
184 betrieb bei reduzierter Leistung bis zum Sommer
185 bringt in der aktuellen Situation je nach Ausgestal-
186 tung wenig bis nichts, außer ein höheres Sicher-
187 heitsrisiko, da unterm Strich keine Kilowattstunde
188 Strom mehr erzeugt wird - ein Nullsummenspiel.
189 Der Streckbetrieb könnte das Einfallstor für eine
190 weitere mehrjährige Laufzeitverlängerung sein, wo-

191 für neue Brennelemente beschafft werden müssten.
192 Den Reservebetrieb lehnen wir unter den gleichen
193 Gesichtspunkten wie den Streckbetrieb und den
194 zusätzlichen Problemen wie der signifikant hohen
195 Kosten der Bereitstellung sowie den technischen
196 Schwierigkeiten des Ab- und Einschaltens ausdrück-
197 lich ab. Da in der EU kein Uran abgebaut wird, müsst-
198 e es als Energieträger ebenfalls importiert werden.
199 Hierbei kommen 20% des Natururans und zusätzlich
200 26% des bereits angereicherten Urans ebenfalls aus
201 Russland sowie weitere 20% des Natururans aus Ka-
202 sachstan. Folglich kann hier ebenfalls nur schwer ei-
203 ne Energieunabhängigkeit erreicht werden. Weitere
204 Uranminen wie in Niger, Kanada und Australien be-
205 finden sich teilweise in Gebieten, die von indigenen
206 Völkern bewohnt werden. Mit dem weiteren Uran-
207 abbau wird die Lebensgrundlage der indigenen Völ-
208 ker zunehmend zerstört. Darüber hinaus muss für
209 eine erneute Beschaffung von Brennelementen mit
210 einer Lieferzeit von mindestens zwölf bis fünfzehn
211 Monaten gerechnet werden. Die zweifelhafte Maß-
212 nahme würde somit die akute Krise sogar zeitlich
213 verfehlen. Egal, ob Streckbetrieb oder mehrjährige
214 Laufzeitverlängerung, die Atomkraft ist eine Hoch-
215 risikotechnik mit zunehmendem Sicherheitsrisiko,
216 die weder die Energiekrise löst noch ökonomisch
217 sinnvoll ist. Es ist verantwortungslos über eine hoch-
218 komplexe Risikotechnologie so salopp zu diskutie-
219 ren, ohne dass eine annähernd "sichere" Atommüll-
220 endlagerung gewährleistet wird, welche im Übrigen
221 durch den Bundeshaushalt finanziert wird. **Für uns**
222 **steht fest: Kein Ausstieg vom Ausstieg!**
223 **Die Zukunft gehört den Erneuerbaren: Kein Fracking**
224 **zulassen und Infrastruktur nachhaltig denken!**
225 In der Ersatzbeschaffung von Erdgas muss dringend
226 darauf geachtet werden, dass man sich nicht er-
227 neut in so eine enorme Abhängigkeit eines wei-
228 teren Staates begibt. Ausgeweitete Kooperationen
229 mit autokratischen Regimen müssen nach Möglich-
230 keit vermieden werden. Stattdessen muss in der Be-
231 schaffung ebenfalls mit kurzfristigem Blick durch
232 den Aufbau der (Floating-)LNG-Infrastruktur Flüs-
233 siggas in deutschen Häfen in das Pipeline-Netz und
234 in Speicher eingespeist werden. Ähnlich wie bei der
235 Verwendung von Kohle ist die Nutzung von Flüs-
236 siggas wegen der negativen Auswirkung von Klima
237 und Umwelt in der Gewinnung und Verwendung
238 nur in der aktuellen Ausnahmesituation hinnehm-
239 bar. Deshalb ist es wichtig, dass die Infrastruktur

240 technologisch bereit ist für den Import von (grü-
241 nem) Wasserstoff und eine passgenaue und trag-
242 fähige Wasserstoffinfrastruktur errichtet wird. Zu-
243 sätzlich steht für uns das Verbot von kommerziel-
244 len Fracking-Vorhaben nicht zur Debatte. Eine zu-
245 kunftsfähige sozial-ökologische Transformation des
246 Energiesektors baut auf erneuerbaren Technologien
247 auf. Das fossil-atomare Energiesystem muss endlich
248 überwunden werden!

249 Neben der Erdgas-Substitution ist weiterhin die Ver-
250 brauchsreduktion zur Verhinderung eines Gasman-
251 gels notwendig. Expert*innen gehen davon aus,
252 dass sich der Verbrauch um 20-25 Prozent vermin-
253 dern muss, damit Mangellagen verhindert werden
254 können - im Jahr 2022 wurden fast 18% eingespart.
255 Auf europäischer Ebene sind die Mitgliedsländer
256 (mit einigen Ausnahmen) zusätzlich dazu aufge-
257 rufen, den Gasverbrauch um 15% zwischen August
258 2022 und März 2023 zu reduzieren. Entsprechend
259 sind neben den Einsparungen in der Verstromung
260 auch Verbrauchsreduktionen in der Wärmeversor-
261 gung und der Industrie notwendig. Durch die zeit-
262 weise enorm gestiegenen Preise, welche überwie-
263 gend durch Erhöhungen der Abschlagszahlungen
264 weitergegeben wurden, achten Konsument*innen
265 genau auf ihren Verbrauch und versuchen ihn weit-
266 möglichst zurückzufahren.

267 **Industriestrompreis als Brücke nutzen, aber nur mit** 268 **Transformationsauflagen**

269 Die hohen Strom- und Energiepreise belasten eben-
270 falls die Industrieunternehmen, welche ebenfalls
271 versuchen, den Verbrauch zu optimieren, um weiter-
272 hin eine wirtschaftliche Produktion aufrechterhal-
273 ten zu können. Deshalb lehnen wir gesonderte
274 staatliche Anreize zur industriellen Gaseinsparung
275 (wie z.B. via Auktionen) für Konzerne ab, da Gasein-
276 sparungen aufgrund der hohen Energiekosten im Ei-
277 geninteresse der Unternehmen liegen und keine ge-
278 sonderten Subventionen erforderlich macht. Den-
279 noch ist die deutsche Wirtschaft mit hohen Strom-
280 und Energiepreisen konfrontiert, welche insbeson-
281 dere im Vergleich zu den Preisen in Nordamerika
282 und Asien hoch sind. Da für Deutschland als einzi-
283 ges sog. Industrieland für 2023 eine Rezession pro-
284 gnostiziert wird, erkennen wir zur Aufrechterhal-
285 tung der Wettbewerbsfähigkeit ein befristeten In-
286 dustriestrompreis als Brücke bis zu generell niedri-
287 geren Strompreisen durch einen höheren Anteil von
288 erneuerbaren Energien am Strommix an. Die Gel-

289 tendmachung des Industriestrompreises durch Un-
290 ternehmen muss jedoch mit Transformationsaufla-
291 gen, wie der eigene Ausbau von erneuerbaren En-
292 ergien, Effizienzsteigerungen, der Ersatz von fossi-
293 len Energieträgern oder der Abschluss von erneuer-
294 baren Stromabsatzverträgen (PPAs), verknüpft wer-
295 den.

296

297

298 **Entlastung statt Belastung: Energiepreisdeckel statt**
299 **unsozialer Gasumlage**

300 Die historische Energiekrise bringt ebenfalls histo-
301 rische Strom- und Energiepreise in Europa hervor,
302 welche nicht nur die Verbraucher*innen und ge-
303 werbliche Abnehmer*innen unter Druck setzt, son-
304 dern die gesamte Wertschöpfungskette der Ener-
305 gieversorgung vom Energieimporteur bis zum kom-
306 munalen Stadtwerk. Das liegt im Kern daran, dass
307 teure Ersatzbeschaffungen zum Spot-Preis getätigt
308 werden müssen, da die vereinbarten Gaslieferun-
309 gen von russischer Seite nicht eingehalten werden.
310 Das oberste Ziel muss weiterhin sein, dass die Ener-
311 gieversorgung kurz- und mittelfristig aufrechterhal-
312 ten werden kann. Da Energieimporteure in der Kette
313 meist viele Stadtwerke versorgen, ist es sinnvoll, das
314 Energieversorgungssystem möglichst früh zu stüt-
315 zen. Die Gas-Umlage von Bundeswirtschaftminister
316 Habeck unter dem neoliberalen Mantra "Gewinne
317 privatisieren und Verluste sozialisieren" ist in aller
318 Konsequenz als unsoziale Maßnahme abzulehnen,
319 denn es nicht die Aufgabe von Verbraucher*innen in
320 die Krise gekommene Unternehmen zu retten, son-
321 dern die des Staates. Somit sind gesellschaftsrecht-
322 liche Beteiligungen des Staates zur Stützung von
323 Energieunternehmen und der gesamten Energiever-
324 sorgung eindeutig zu bevorzugen. Anstatt die Kon-
325 sument*innen angesichts der hohen Gaspreise und
326 den Preiserhöhungen mit einer zusätzlichen Umla-
327 ge zu belasten, müssen Verbraucher*innen vor den
328 hohen Preisen geschützt werden. **Die Strom- und En-
329 ergieversorgung ist kein Luxusgut, sondern als fes-
330 ter Bestandteil der Daseinsvorsorge ein Grundbe-
331 dürfnis.**

332 Adäquate Maßnahmen sind hierfür die beschlosse-
333 nen Energiepreisbremsen für Strom, Gas und Wär-
334 me, welche zum Verbraucherschutz zur Sicherheit
335 vorsorglich bis Ende 2024 verlängert werden sollten.
336 So oder so muss jedoch im Rahmen eines Zahlungs-
337 moratoriums sichergestellt werden, dass privaten

338 Haushalten weder gekündigt noch die Versorgung
339 versagt werden darf. Ergänzend zu den Maßnahmen
340 für die Verbraucher*innen und am Anfang der Wert-
341 schöpfungskette bei den Energieimporteuren, müs-
342 sen auch die kommunalen Stadtwerke geschützt
343 werden, denn je nach vorheriger strategischer Aus-
344 richtung sind auch die kommunalen Stadtwerke un-
345 ter Druck und schreiben rote Zahlen. Da die Stadt-
346 werke häufig kommunale Anteilseigner haben oder
347 gar als Eigenbetrieb einer Kommune fungieren, be-
348 lasten diese roten Zahlen zwangsläufig auch die da-
349 hinterstehenden Kommunen und die kommunalen
350 Haushalte. Infolgedessen braucht es Hilfen für die
351 kommunalen Stadtwerke in Form von Krediten und
352 Bürgschaften sowie ein Insolvenzmoratorium - ein
353 Schutzschirm für Stadtwerke, wofür die finanziellen
354 Mittel auf Bundesebene bereitgestellt werden müs-
355 sen. Im Grundsatz steht für uns fest, dass die Ener-
356 gieversorgung und die entsprechende Infrastruktur
357 wie beispielsweise Stromnetze und Gasnetze samt
358 Speicher als Teil der Daseinsvorsorge vollständig in
359 staatliche Hand gehören.

360 **Lösen wir endlich die Fesseln! Turbo für Erneuerbare**
361 **und ein klimaneutrales Stromsystem!**

362 Absolute Priorität hat fortan die Schaffung eines re-
363 silienten und flexiblen klimaneutralen Strom- und
364 Energiesystem. Durch die Sektorenkopplung, also
365 die zunehmende direkte und indirekte Elektrifizie-
366 rung von industriellen Prozessen, der Mobilität und
367 der Wärmeversorgung, wird der Strombedarf in den
368 nächsten Jahren erheblich (auf bis zu 750 TWh) stei-
369 gen. Folglich müssen nun kurzfristig die richtigen
370 Maßnahmen eingeleitet werden, um den sich erhö-
371 henden Strombedarf mit regenerativer Energie ab-
372 zudecken - es braucht endlich den Turbo für den Aus-
373 bau der erneuerbaren Energien, der Netze sowie En-
374 ergiespeicher. Die sog. Fortschrittskoalition muss al-
375 le verbliebenen bürokratischen Hürden und Hemm-
376 nisse, welche die Union in ihrer sechzehnjährigen
377 Regierung etabliert hat, beseitigen. Die regulatori-
378 schen Fesseln der Wind- und Solarenergie müssen
379 endlich beseitigt werden, damit wir unabhängig von
380 fossiler und unabhängig von russischer Energie wer-
381 den und damit wir die Sekorenziele der Energiewirt-
382 schaft und die Klimaziele insgesamt erreichen kön-
383 nen.

384 **Mehr Wind of change zwischen den Rotorblättern:**
385 **Schluss mit pauschalen Abstandsregelungen und**
386 **her mit vereinfachten und schnelleren Planungs-**

387 und Genehmigungsverfahren

388 Die Windenergie an Land in Deutschland ist ein
389 wichtiger Pfeiler in der Stromerzeugung. Mitt-
390 lerweise produzieren die rund 28.400 Onshore-
391 Windenergieanlagen mit einer installierten Leis-
392 tung von über 58 GW über 123 TWh Strom, was
393 ungefähr ein Viertel am deutschen Strommix aus-
394 macht. Trotz des hohen Erfordernisses zur Errei-
395 chung der Klima- und Ausbauziele, stockt der Aus-
396 bau der Windenergie massiv. Während in den gu-
397 ten Windausbaujahren bis 2017 nahezu bis zu 1.800
398 Windenergieanlagen jährlich errichtet worden sind,
399 wurden 2022 etwa 550 Anlagen in Betrieb genom-
400 men und auch die Genehmigungen für Windener-
401 gieanlagen an Land waren stark rückläufig. Die Aus-
402 baudelle ist vor allem auf die politischen Fehlent-
403 scheidungen der Union geführten Bundesregierung
404 zurückzuführen, welche den Ausbau durch Maß-
405 nahmen wie die 2017 eingeführte Ausschreibungs-
406 pflicht ausgebremst hat. Darüber hinaus verhindern
407 auf Landesebene pauschale und überzogene Ab-
408 standsregelungen zur Wohnbebauung den Ausbau
409 der Windenergie weiter und reduzieren in Kombi-
410 nation mit einer restriktiven Regionalplanung so-
411 wie einer pauschalen Priorisierung anderer Belan-
412 ge (z.B. Radare) die Flächenkulisse. Ein weiteres Pro-
413 blem ist, dass nach wie vor die komplexen Genehmi-
414 gungsverfahren auch wegen Personalmangel in den
415 Behörden durchschnittlich vier bis fünf Jahre dau-
416 ern. Zusätzlich existiert auch wegen der mäßigen
417 lokalen Akzeptanz eine hohe Klagebereitschaft ge-
418 gen den Bau von Windenergieanlagen. Klagegründe
419 stammen hierbei häufig aus dem Bereich des Arten-
420 schutzes (Gefährdung geschützter Vogel- bzw. Fle-
421 dermausarten sowie allgemeine Artenschutzaspek-
422 te), aber auch Form- und Verfahrensfehler, Lärm-
423 schutz sowie Flächenzugriffe werden als weitere
424 Gründe angeführt. Die von der Ampel-Koalition be-
425 schlossene EEG-Novelle sieht zur Erreichung des
426 80%-Ziels an erneuerbaren Energien bis 2030 deut-
427 lich erhöhte Ausbauziele für die Windenergie an
428 Land vor. So sollen im Jahr 2023 insgesamt 12,8 GW
429 und in den Folgejahren jeweils 10 GW ausgeschrie-
430 ben werden. In Hinblick auf den Zubau der Jahre
431 2019 bis 2022, welcher jeweils nur zwischen 1,1 und
432 2,1 GW lag, sind die Ausbauziele im aktuellen re-
433 gulatorischen Rahmen unrealistisch. Zwar gab es
434 schon Verbesserungen im Rahmen des "Osterpa-
435 kets" wie die verpflichtende Flächenausweisung für

436 Windenergienutzung bis Ende 2032, die pauscha-
437 len Landes-Abstandsregelungen wie in Bayern (10H-
438 Regel) werden jedoch nicht sofort abgeschafft. Auch
439 wurde im Bundesnaturschutzgesetz geregelt, dass
440 der "Betrieb von Windenergieanlagen im überra-
441 genden öffentlichen Interesse liegt und der öffent-
442 lichen Sicherheit dient". Dennoch sind die Vorga-
443 ben im Natur- und Artenschutz immer noch unklar
444 und offen, sodass Rechtsstreitigkeiten weiterhin die
445 Umsetzung von Projekten erschweren. Zur realis-
446 tischen Möglichkeit, die Ausbauziele zu erreichen,
447 wollen wir die Hürden für den Windenergieausbau
448 abbauen und fordern die sofortige Abschaffung von
449 Landes-Abstandsregelungen und die verpflichtende
450 Ausweisung von 2% der Landesfläche für den Be-
451 trieb von Windenergieanlagen bereits bis spätes-
452 tens 2027, wobei auch attraktive windhöfliche Flä-
453 chen ausgewiesen werden sollen. Mit der schnellen
454 Verankerung des Ziels in Landes- und Regionalraum-
455 ordnungsprogrammen können ausreichende Flä-
456 chen für eine klimaneutrale und versorgungssiche-
457 re Stromversorgung erreicht werden. Darüber hin-
458 aus müssen die pauschalen Priorisierungen ande-
459 rer Belange endlich durch angemessene Einzelfall-
460 abwägungen gekippt werden. Zur Beschleunigung
461 der Planungs- und Genehmigungsprozesse braucht
462 es auf der einen Seite klare und bundesweit ein-
463 heitliche gesetzliche Prüfkriterien im Naturschutz-
464 recht und auf der anderen Seite genügend personel-
465 le Ressourcen in den Genehmigungsbehörden, um
466 ein schnelles und rechtssicheres Verfahren endlich
467 zu ermöglichen. Hierbei müssen die ausreichenden
468 personellen Ressourcen unbedingt durch Weiterbil-
469 dungsprogramme sichergestellt werden. Wir sind
470 der Auffassung, dass der Genehmigungsprozess kei-
471 ne sechs Jahre oder gar noch länger dauern darf,
472 sondern maximal sechs Monate! Darüber hinaus
473 beträgt die Wartezeit für Schwerlasttransporte der
474 bundeseigenen Autobahn GmbH mit rund 15.000
475 unbearbeiteten Anträgen bei circa 12 Wochen. Die-
476 ser Zustand, den Bundesverkehrsminister Wissing
477 zu verantworten hat, ist unhaltbar und muss drin-
478 gend angegangen werden, gerade weil die Warte-
479 zeit z.B. in Skandinavien nur 4 Tage beträgt. We-
480 gen der mäßigen Akzeptanz von Windenergieanla-
481 gen muss diese durch geeignete Maßnahmen ge-
482 steigert werden, sodass auch juristische Ausein-
483 dersetzung gegen den Bau von Windparks ver-
484 mieden werden können. Akzeptanz und Vertrau-

485 en können in den Projekten durch eine frühzeiti-
486 ge Bürger*innenbeteiligung erreicht werden. Doch
487 nicht nur durch eine proaktive und vorausschau-
488 ende Einbindung in ersten Planungsschritten, wo
489 auch noch ein gewisser Mitbestimmungsspielraum
490 besteht, sondern vor allem durch eine verpflich-
491 tende finanzielle Beteiligung der jeweiligen Stand-
492 ortkommune, kann ein gutes Commitment in der
493 Bevölkerung erreicht werden, sodass Bürger*innen,
494 Kommunalpolitik und Verwaltung Motivation ha-
495 ben den Ausbau lokal voranzubringen.

496 **Let the sun shine: Solar-Booster durch Solardach-**
497 **pflicht für Neubauten und Wiederaufbau einer eu-**
498 **ropäischen Solarindustrie**

499 Doch nicht nur die Stromerzeugung durch Wind-
500 energie, sondern auch durch Solarenergie sind eine
501 tragende Säule in Richtung klimaneutrales Strom-
502 system. Die aktuell rund 68 GW an installierter
503 Leistung sorgen dafür, dass 2022 über 57 TWh ins
504 Netz eingespeist worden sind und Photovoltaikan-
505 lagen mit einem Anteil von fast 12% am deutschen
506 Strommix der zweitgrößte erneuerbare Energieträ-
507 ger sind. Nachdem die deutsche Solarindustrie und
508 der PV-Ausbau durch die schwarz-gelbe Bundesre-
509 gierung u.a. durch die EEG-Novelle 2012 und der dar-
510 in enthaltenen Strompreisbremse gegen die Wand
511 gefahren wurde, haben sich die Ausbautzahlen in
512 den vergangenen Jahren wieder erholt. So konn-
513 te sich der Ausbau von der Ausbaudelle (z.B. 2014
514 mit 1,2 GW Zubau) erholen und wird jährlich mehr.
515 Im Jahr 2022 konnten PV-Anlagen mit einer Leis-
516 tung von 7,3 GW zugebaut werden und für das Jahr
517 2023 wird vermutlich die 10-GW-Marke geknackt.
518 Auch die neue Bundesregierung erkennt die hohe
519 Bedeutung der Solarenergie an und hat im Rahmen
520 der EEG-Novelle 2023 deutliche Verbesserungen der
521 Rahmenbedingungen zum Ausbau von PV-Anlagen
522 und höhere Ausschreibungsvolumen in Höhe von 9
523 GW im Jahr 2023 und danach jährlich von 11 GW
524 beschlossen. Angesichts der Verbesserungen durch
525 das "Osterpaket" sind die Ziele durchaus realistisch,
526 da regulatorische Fesseln wie der sog. atmende De-
527 ckel gelöst und verbesserte Rahmenbedingungen
528 wie höhere Vergütungssätze bei Voll- und Teilein-
529 speisern, ein einfacherer Netzanschluss und eine er-
530 weiterte Flächenkulisse bei PV-Freiflächenanlagen
531 implementiert wurden.
532 Dennoch gibt es weiteres Potenzial einen Solar-
533 Booster zu entfachen! Auch wenn die Situation

534 beim PV-Ausbau besser ist als beim Ausbau der
535 Windenergie, müssen gute Voraussetzungen da-
536 für geschaffen werden, eine ausreichend hohe Flä-
537 chenverfügbarkeit zu gewährleisten. Neben einem
538 denkbaren gesetzlichen Flächenziel zur Ausweisung
539 von Flächen für PV-Anlagen ist vor allem die um-
540 fassende Erschließung geeigneter Gebäudedächer
541 sinnvoll. Aktuell liegt das PV-Potenzial auf Haus-
542 dächern bei fast 90%. Da der erzeugte Strom aus
543 Photovoltaik-Anlagen mit Strom aus Windenergie-
544 anlagen an Land am günstigsten ist, ist der Aus-
545 bau nicht nur aus Klimaschutz- sondern auch aus
546 wirtschaftlichen Gründen günstig für die Hausbesit-
547 zer*innen und Mieter*innen. Der Ausbau von Auf-
548 dachanlagen muss durch stabile Anreize, wie die
549 Erhöhung der Einspeisevergütung, und durch ei-
550 ne ergänzende Solardachpflicht für Neubauten und
551 Bestandssanierungen beschleunigt werden. Weite-
552 re von der Ampel-Regierung angedachte Verbesse-
553 rungen, welche im Entschließungsantrag des “Os-
554 terpakets” mit beschlossen worden sind, wie Er-
555 leichterungen im Anmeldeverfahren und Netzan-
556 schlüsse von Balkon-PV-Anlagen, müssen schnellst-
557 möglich geregelt werden. So muss endlich bei den
558 Balkon-PV-Anlagen der Anschluss in Eigenregie oh-
559 ne Erfordernis der Wieland-Einspeisesteckdose er-
560 möglicht und die Meldepflicht aufgehoben wer-
561 den. Ebenfalls wurde in der Absichtserklärung
562 beschlossen, dass man Erleichterungen beim Ei-
563 genstromverbrauch ermöglichen möchte. Insbeson-
564 dere Letzteres muss in der aktuellen Energiekrise
565 schnellstmöglich und mit absoluter Priorität um-
566 gesetzt werden. Deshalb fordern wir, dass sowohl
567 für Balkon-PV-Anlagen als auch für (kleinere) pri-
568 vate PV-Dachanlagen der Stromzähler bis zum flä-
569 chendeckenden Smart-Meter-Rollout und der Im-
570 plementierung von dynamischen Stromtarifen rück-
571 wärts laufen darf und der überschüssige von der
572 PV-Anlage eingespeiste Strom direkt mit dem aus
573 dem Netz bezogenen Strom verrechnet wird. Die-
574 ses Verfahren wird beispielsweise in den Niederlan-
575 den erfolgreich umgesetzt und schafft bei den ho-
576 hen Strompreisen einen zusätzlichen wirtschaftli-
577 chen Anreiz für eine private PV-Anlage und lässt die
578 Bürger*innen und nicht die Energiekonzerne profi-
579 tieren!

580 Neben den PV-Dachanlagen müssen auch Freiflä-
581 chenanlagen und PV-Anlagen, welche eine positi-
582 ve Mehrfachnutzung von Flächen ermöglicht, wie

583 Agri-PV, Floating-PV oder Fassaden-PV schnellst-
584 möglich angemessen in den regulativen Vorgaben
585 wie der Raumordnung oder im Baurecht berück-
586 sichtigt werden. So ist u.a. die generelle Freigabe
587 für PV-Freiflächenanlagen sog. benachteiligter Ge-
588 biete (wie ertragsarme landwirtschaftliche Flächen)
589 weiterhin unter Vorbehalt von Landesverordnungen
590 falsch. Wegen zunehmender Flächenkonkurrenzen
591 müssen neue Technologien, wo bislang nur Pilotan-
592 lagen existieren, wie die Agri-PV als Symbiose zwi-
593 schen Landwirtschaft und Energieerzeugung geför-
594 dert werden. Fehlende Vergütungsregelungen (au-
595 ßerhalb von Innovationsausschreibungen), die Ge-
596 fahr des Wegfalls der Agrarförderung, die fehlen-
597 de baurechtliche Privilegierung und genehmigungs-
598 rechtliche Unsicherheiten in den Behörden erschwe-
599 ren ein Wachstum in diesem Segment. Wir fordern
600 deshalb, dass umgehend ein unterstützendes regu-
601 latorisches Umfeld für PV-Technologien, welches ef-
602 fektiv Flächen mehrfach nutzbar macht, geschaffen
603 wird. Das angekündigte zweiteilige Solarpaket der
604 Bundesregierung mit diversen Verbesserungen und
605 insb. dem Bürokratieabbau unterstützen wir aus-
606 drücklich.

607 Beim Ausbau der Solarenergie muss zusätzlich die
608 Angebotsseite der PV-Module und die Gewinnung
609 der dafür notwendigen Rohstoffe thematisiert wer-
610 den. Denn entlang der gesamten Wertschöpfungs-
611 kette zur Herstellung von Solarmodulen gibt es eine
612 enorme Abhängigkeit von China. Sowohl in der Ge-
613 winnung von Polysilizium als elementarer Rohstoff
614 (80%) über die Herstellung der Wafer (97%) und Zel-
615 len (85%) als auch die letztendliche Fertigung der
616 Module (75%), die Abhängigkeit ist enorm. Zur Stär-
617 kung einer resilienten Energieversorgung muss in ei-
618 ner europäischen Kooperation der massive Ausbau
619 einer europäischen Produktionskapazität vorange-
620 trieben werden, denn die aktuelle Situation zeigt,
621 was es für fatale Folgen haben kann, wenn man
622 sich energiepolitisch dermaßen Abhängig von ei-
623 nem anderen Land macht. Ein Tausch der Abhän-
624 gigkeiten vom russischen Gas zu chinesischen Solar-
625 modulen muss perspektivisch verhindert werden!
626 Die PV-Strategie der EU-Kommission "European So-
627 lar Initiative", welche zum Ziel hat, bis zum Jahr 2025
628 insgesamt 20 GW Produktionskapazität in Europa
629 zu erreichen, ist ausdrücklich zu unterstützen und
630 zu erweitern. Mit den neuen europäischen Produk-
631 tionskapazitäten würden direkt und indirekt schät-

632 zungsweise 400.000 neue, gut bezahlte Industriear-
633 beitsplätze entstehen - bei Umsetzung ein Leucht-
634 turm der sozial-ökologischen Transformation. Ähn-
635 lich wie bei der Windenergie sollen Standortkom-
636 munen von PV-Freiflächenanlagen finanziell betei-
637 ligt werden. Darüber hinaus sollten Bürgerenergie-
638 konzepte, welche häufig PV-Anlagen installieren,
639 gemäß der entsprechenden EU-Richtlinie gestärkt
640 werden, sodass beispielsweise der gemeinschaftli-
641 che Eigenverbrauch des lokal erzeugten Stroms er-
642 möglicht wird.

643 **Speicher, Netzausbau und intelligente Steuerung**
644 **gewährleisten Versorgungssicherheit und Netzsta-**
645 **bilität im klimaneutralen Energiesystem**

646 Um die enorme Hochskalierung von erneuerba-
647 ren Energien händeln zu können, muss unser En-
648 ergiesystem sukzessive auf erneuerbare Energien
649 ausgerichtet werden. Ein resilientes klimaneutrales
650 Stromsystem mit den in der Stromerzeugung fluk-
651 tuierenden Windenergie- und Photovoltaikanlagen,
652 welches die Versorgungssicherheit und Netzstabili-
653 tät gewährleistet, kann nur in Kombination mit ei-
654 ner Flexibilisierung des Verbrauchs und mit Ener-
655 giespeichern gelingen. Hierzu ist perspektivisch ein
656 neuer ganzheitlicher regulativer Rahmen für den
657 Strommarkt wichtig. Der Gesetzgeber muss lang-
658 fristig Anreize setzen, dass erneuerbare Energien
659 systemdienlich errichtet und mit einer angemesse-
660 nen Vergütung betrieben werden können. Insbeson-
661 dere wenn auf lange Sicht in einem klimaneutra-
662 len Stromsystem Erneuerbare alleinig für die Strom-
663 erzeugung verantwortlich sind und durch die nied-
664 rigen Stromgestehungskosten der Strompreis ge-
665 senkt ist, muss das Strommarktdesign und Strom-
666 marktmodell angepasst werden. Die Initiative der
667 Plattform klimaneutrales Stromsystem begrüßen
668 wir. Kurz- bis mittelfristig benötigt es die Integra-
669 tion von Speicherkapazitäten, den beschleunigten
670 Netzausbau und eine intelligente Steuerung des En-
671 ergiesystems durch informations- und kommunika-
672 tionstechnische Infrastruktur. Speicherkapazitäten
673 müssen zum einen im Kurzzeitbereich durch batte-
674 rieelektrische Speicher und zum anderen im Lang-
675 zeitbereich durch beispielsweise Wasserstoff oder
676 synthetische Gase wie Methan (saisonale Speicher)
677 integriert werden. Im Bereich der Batteriespeicher
678 muss der notwendige Ausbau auf 84 Gigawattstun-
679 den bis 2030 (227 GWh in 2045) überwiegend de-
680 zentral vorgenommen werden, um Netzengpässe zu

681 vermeiden und die Netzstabilität zu gewährleisten.
682 Der Ausbau der Batteriespeicher darf sich jedoch in
683 keinem Fall nur auf Anlagen in privaten Haushalten
684 beschränken, sondern sollte ebenso wie die Netze
685 von staatlicher Seite zur Verfügung gestellt werden.
686 Der überregionale Stromtransport aus Regionen mit
687 großer Wind- und Solarstromerzeugung zu indus-
688 triellen oder bevölkerungsreichen Zentren muss ge-
689 währleistet werden. Ebenso gilt es die Verteilnet-
690 ze auszubauen, um die stark steigende Menge an
691 dezentral erzeugtem Strom aufnehmen zu können.
692 Diesen Anforderungen muss mit einem angemesse-
693 nen Netzausbau begegnet werden. Auch der Ausbau
694 und Betrieb der Stromnetze sollte als zentrale Infra-
695 struktur der Energieversorgung auf Ebene der Ver-
696 teilnetze rekommunalisiert und auf Ebene der Über-
697 tragungsnetze in staatliche Hand.

698 **Der Klimawandel wartet nicht!**

699 Der Ausbau erneuerbarer Energien muss endlich an
700 Fahrt gewinnen, denn der Anteil am Bruttoendener-
701 gieverbrauch beträgt aktuell nur rund 17%. Durch
702 die EEG-Novelle im Rahmen des Osterpakets, wo
703 endlich ein höherer und realistischer Strombedarf
704 angenommen wird, konnte ein Ausbauimpuls ge-
705 geben werden. Wichtig waren dafür die Erhöhung
706 des Ausbauziels und der Ausbaupfade sowie re-
707 gulatorische Verbesserungen. Dennoch wird insbe-
708 sondere der Ausbau der Windenergie stocken. Soll-
709 te sich anhand der Genehmigungszahlen der Län-
710 der nach wie vor abzeichnen, dass die Ausbauziele
711 massiv unterschritten werden, dann kann das nicht
712 mehr hingenommen werden. In diesem Fall muss
713 die Bundesregierung noch in dieser Legislaturpe-
714 riode ein öffentlich-rechtliches Unternehmen zum
715 Ausbau erneuerbarer Energien gründen, welches bei
716 Unterschreitung von Ausschreibungsvolumen ver-
717 pflichtet ist, die Lücke im Zubau zu füllen. Damit
718 wird gewährleistet, dass Klima- und Ausbauziele
719 nicht weiterhin sehenden Auges verfehlt werden.
720 Zusätzlich wird der Staat seiner Rolle gerecht, die
721 Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Der Klimawan-
722 del wartet nicht. Deshalb lautet die Devise: mehr,
723 schneller Ausbauen!

724